



Dr. Hans-Gert Pöttering

Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Festrede

zum Festakt zum 25. Gründungsjubiläum der

„Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus e.V.“

Freitag, 4. Dezember 2015, 19.30 Uhr

Berlin, Rotes Rathaus

(15 Minuten)

Es gilt das gesprochene Wort.

1. **Ursula Popiolek**, Vorstandsvorsitzende, Gedenkbibliothek,
Fanna Kolarova, Projektleiterin „Der Eiserne Vorhang – Bulgarien“,
Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin, Bundesstiftung Aufarbeitung,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

2. Herzlichen Dank der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus für die Einladung. Ich danke Ihnen, liebe Ursula Popiolek, anlässlich des 25. Gründungsjubiläums „Ihrer“ Gedenkbibliothek das Wort an Sie richten zu dürfen!

Ein Festakt wie dieser, ein Jubiläum wie das heutige sind mir stets ein willkommener Anlass, um für geleistete Arbeit und Verdienste in der Vergangenheit zu danken und um erfolgreiche Fortsetzung in der Zukunft zu bitten.

Seit 25 Jahren leistet die Gedenkbibliothek einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über Ursachen und Folgen der kommunistischen Regime, die die Würde des Menschen nicht im Mindesten respektierten, die eine Bedrohung für den Frieden, die Freiheit und die Demokratie darstellten.

Mit Vortragsveranstaltungen, Gesprächsrunden und Diskussionen, in Ausstellungen und Buchpräsentationen, durch Begegnungen mit Zeitzeugen, Opfern und Widerständlern: Lang ist die Liste der Maßnahmen, mittels derer die Gedenkbibliothek über die totalitären Machtstrukturen im ehemaligen Ostblock aufklärt.

Sie helfen damit, die Erinnerung an begangenes Unrecht und insbesondere natürlich: die Opfer, die Menschen, die es erleiden mussten, wachzuhalten.

Durch die Auseinandersetzung mit Vergangenen fördert die Gedenkbibliothek zugleich auch das politische Engagement der Menschen in der Gegenwart.

Durch ihre Arbeit tragen Sie damit auch zur Festigung des freiheitlich-demokratischen Gedankenguts bei, auf das unser Gemeinwesen unerlässlich angewiesen ist.

Sie leisten damit einen wertvollen Beitrag zur politischen Bildung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Als Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, deren Kernaufgabe die Politische Bildung ist, sage ich Ihnen vielmals herzlich: Danke!

Danke für die Arbeit, die Sie in den letzten 25 Jahren geleistet haben. Danke für das Engagement, dass Sie in diesen Jahren gezeigt haben. Danke für die Bereitschaft, trotz Hindernissen, Hürden, ja sogar Anfeindungen zum Trotz nicht aufzugeben.

Und ich verbinde meinen Dank mit der Bitte: Setzen Sie Ihre Arbeit in der Zukunft bitte ebenso engagiert und erfolgreich fort!

3. Konrad Adenauer hat einmal gesagt, ich zitiere: „Es wird bei uns nur besser werden, wenn die allgemeine politische Bildung eine tiefere und bessere wird, wenn derjenige und diejenige, die berufen sind, mit dem Stimmzettel die Geschichte des Staates und der Stadt mit zu entscheiden, auch weiß, was er tut, wenn er wirklich die Probleme kennt, um die gerungen wird.“ Zitat Ende.

Als Konrad Adenauer diese Worte am 10. Oktober 1929 sprach, ahnte er wohl nicht, um welche „Probleme“ in der Weimarer Republik bald „gerungen“ werden würde: 14 Tage später begann mit dem Schwarzen Freitag an der New Yorker Börse die Weltwirtschaftskrise.

Es war der Anfang vom Ende der ersten parlamentarischen Demokratie auf deutschem Boden, einer „Demokratie ohne Demokraten“ (Kurt Sontheimer). Sie scheiterte nicht zuletzt an der Passivität und dem Desinteresse ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Ein Scheitern mit dramatischen Konsequenzen: 13 Jahre NS-Diktatur, der totale politische und moralische Niedergang, die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges und in dessen Folge die jahrzehntelange Teilung Deutschlands, Europas und der Welt in zwei Hälften.

In Deutschland wusste man nach Kriegsende: Nicht noch einmal darf eine fatale Distanz zwischen demokratischer Verfassung und der Bürgerschaft entstehen, wie es in Weimar der Fall gewesen war.

Zwar gab es nach 1945 Menschen, die noch wussten, was es hieß, Verantwortung in einer demokratischen Partei oder einem frei gewählten Parlament zu tragen. In weiten Teilen der Bevölkerung aber bedurfte es der Festigung des demokratischen Gedankens.

Erziehung zur Demokratie war notwendig. Man wollte die Erfolge der Anfangszeit bewahren, die in kurzer Zeit erreicht worden waren. Die Vergangenheit vor Augen, wollte man für die Zukunft Vorsorge tragen.

Daher wurde bald nach 1949 die Gründung politischer Stiftungen als Einrichtungen der Politischen Bildung erwogen. Es war ein neuer und ungewöhnlicher Schritt.

Durch die politischen Stiftungen sollte sichergestellt werden, dass sich der Pluralismus der politischen Grundströmungen bei der politischen Bildungsarbeit in der Vielfalt der Träger widerspiegelt. Sowohl ihre Nähe zu den demokratischen Parteien als auch ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit waren dabei gewollt.

Die deutschen politischen Stiftungen sind Einrichtungen, die europa- ja, weltweit einzigartig sind.

Sie haben – trotz unterschiedlicher Ansätze und Methoden – auch heute einen gemeinsamen Auftrag: Erziehung zur Demokratie und Festigung des demokratischen Gedankens in breiten Kreisen der Bevölkerung durch Erarbeitung von Grundlagen für das politische Handeln, Gewinnung von politisch interessiertem Nachwuchs.

4. Sie kennen sicher den Satz Winston Churchills: „Demokratie ist die schlechteste Regierungsform – außer all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“

Wir wissen: Demokratie braucht eine gute Verfassung. Und wir wissen vor allem: Demokratie braucht Demokraten. Menschen werden nicht als Demokraten geboren. Sie müssen lernen, Demokraten zu sein.

Hier setzt die Politische Bildung an: Sie will Menschen befähigen, als mündige Bürger für unsere freiheitliche Demokratie einzustehen und eine aktive Rolle in Politik und Gesellschaft zu übernehmen.

Dies stellt einen hohen Anspruch an Politische Bildung: Denn nur wer gut informiert ist, ist im besten Wortsinn ein aufgeklärter Bürger, der sich selbst ein Urteil bilden kann. Politische Entscheidungsfindung und politischer Diskurs setzen Informationen, setzen Kenntnisse und Wissen voraus.

Diese zu vermitteln, reicht aber nicht aus. Politische Kenntnisse und politisches Wissen brauchen einen Rahmen, ein festes, belastbares Fundament von Überzeugungen und Werten.

Bernhard Vogel, der Ehrenvorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat einmal treffend formuliert, ich zitiere: „Die Demokratie braucht politische Tugenden – sie zu vermitteln, das ist die Aufgabe Politischer Bildung.“ Zitat Ende.

Diese „politischen Tugenden“ sind vielfältig: die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, gemeinwohlorientiert zu handeln, Gerechtigkeit anzustreben, Freiheit zu fördern, Rechtsstaatlichkeit und die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen zu schützen.

Diese Tugenden, diese Werte sind wesentliche Eckpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens. Sie müssen für uns Kompass und Leitfaden bei allen Entscheidungen und Diskussionen sein. Sie zu vermitteln, das ist die Aufgabe der Politischen Bildung.

5. Erfolgreiche politische Bildungsarbeit ist von vielen Faktoren abhängig.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg sind unzweifelhaft die, die in der Politischen Bildung tätig sind. Menschen, die sich der Aufgabe verschrieben haben, Anderen die facettenreiche Geschichte unseres Landes näherzubringen; ihnen die Tugenden und Werte unseres freiheitlich-demokratischen Gemeinwesens zu vermitteln.

Wer diese Aufgaben übernimmt, übernimmt Verantwortung für unser Land und für seine Mitmenschen. Jeder, der diese Aufgabe ausübt, verdient Respekt, Anerkennung und Dank.

Wer seine Auffassungen mit Überzeugung vermittelt, überzeugt auch andere.

Wer voller Begeisterung Wissen mit anderen teilt, der begeistert auch andere.

Und wer für seine eigene Meinung eintritt, der ist ein Vorbild für andere; der zeigt, wie wichtig und wertvoll es ist, sich selbst ein Urteil bilden zu können.

Die Politische Bildung ist daher ein unverzichtbares Instrument für die Demokratie. Bildung im Allgemeinen und Politische Bildung im Besonderen sind Voraussetzungen für eine, für unsere freiheitliche, offene und wehrhafte demokratische Gesellschaft.

6. Sie, die Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus und die in ihr und für sie Tätigen, tragen zu diesen notwendigen Voraussetzungen für unser Gemeinwesen bei.

Sie tun dies seit nunmehr 25 Jahren, seit einem Vierteljahrhundert. Man könnte meinen: Zweieinhalb Jahrzehnte reichten für die Auseinandersetzung mit DDR und Sowjetunion, mit Sozialismus, Kommunismus und Stalinismus, mit Unfreiheit, Unrecht und Unterdrückung.

Dem ist nicht so – in keiner Weise! Wer das meint, liegt völlig falsch!

Mehr denn je kommt es heute darauf an, in Deutschland und Europa ein Bewusstsein für diese Vergangenheit zu bewahren, begangenes Unrecht nicht zu vergessen – und ganz besonders: die Toten in Erinnerung zu behalten.

Die Zahl derer in unserer Gesellschaft, die die DDR und den Sozialismus, die die brutale Trennung Deutschlands, Europas und der Welt, den Kalten Krieg und die Ost-West-Konfrontation nicht bewusst oder sogar nie erlebt haben, wächst Jahr um Jahr.

Hinzu kommt: Nach wie vor gibt es verabscheuungswürdige Bestrebungen mancher, das vielfache Unrecht zu leugnen, zu beschönigen oder gar historisch umzudeuten.

Diesen Ewiggestrigen muss in aller Klarheit widersprochen werden. Geschichtsvergessenheit muss in aller Deutlichkeit begegnet werden.

Heute genauso, wie in den vergangenen 25 Jahren, in den kommenden 25 Jahren und darüber hinaus! Dafür braucht es Einrichtungen wie die Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus.

Ich wünsche Ihnen eine gute und erfolgreiche Zukunft und viel Erfolg bei Ihrer Arbeit! Herzlichen Dank!
